



Ansprache zur Eröffnung

**Geschichtsforum 1989 | 2009: Europa zwischen Teilung und Aufbruch**

gehalten von Thomas Krüger

Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

28. Mai 2009 im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitveranstalter und Partner,

Auch ich heiÙe Sie auf dem „Geschichtsforum 1989 | 2009: Europa zwischen Teilung und Aufbruch“ herzlich willkommen.

Zu diesem Willkommen gehört die Einladung, sich in ein Labor zu begeben und damit zu Teilhabenden einer Versuchsanordnung, eines Experimentes zu werden.

Das Geschichtsforum bietet einen Ort, an dem die unterschiedlichsten Formen der Beschäftigung mit der Vergangenheit aufeinander treffen können. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie diese vielen Wege, auf denen Geschichte ergründet wird, in den kommenden drei Tagen verlaufen werden. Das Geschichtsforum will ausdrücklich die Geschichte der vielen zum Thema machen und keiner wie auch immer gearteten interpretierenden Geschichtspolitik das Wort reden.

Diese Wege könnten hier auf dem Geschichtsforum einfach eng nebeneinanderher führen oder knapp aneinander vorbei. Sie könnten sich aber auch kreuzen, sogar wegen ihres Zusammentreffens ihren Verlauf ändern, sich neu ausrichten. Das würden wir ausdrücklich als Erfolg verzeichnen.

Das zentrale und das ambitionierteste Ziel des Geschichtsforums ist es, einen Austausch zu ermöglichen und zu befördern:

es geht um eine gegenseitige Inspiration und Anregung der verschiedenen Disziplinen, die sich mit der jüngsten Vergangenheit befassen. Und es geht um den Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern, die mit jeweils eigenen Haltungen und Deutungen auf ihre Geschichte blicken.

Im Erfolgsfalle nehmen nicht nur die Besucherinnen und Besucher neue Erkenntnisse mit, sondern auch die über 120 Veranstalter, die auf dem Geschichtsforum Diskussionsangebote formuliert haben und die ich an dieser Stelle ausdrücklich willkommen heiÙe.

Die Runde der Hauptveranstalter ist selbst Ergebnis einer solchen Verknüpfung unterschiedlicher Sichtweisen und Formen der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit: für das Geschichtsforum haben sich Institutionen zusammengeschlossen, in deren tagtäglicher Arbeit die Geschichte auf völlig unterschiedliche Weise behandelt wird – Institutionen aus den Bereichen der Wissenschaft, der Bildung und Vermittlung, der Kultur und schließlich der gesellschaftlichen Aufarbeitung.

Besonders hervorheben möchte ich drei Institutionen, die das Geschichtsforum von Beginn an mit vorbereitet haben. Um diesen Marathon an Einzelveranstaltungen nicht auch noch mit einem Marathon der Grußworte einzuleiten, haben wir uns darauf verständigt, dass ich diese Partner ausdrücklich – und ich tue das besonders gerne – hervorhebe.

Dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und dem Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, den beiden wohl renommiertesten zeithistorischen Forschungseinrichtungen in Deutschland, möchte ich für die fruchtbare Zusammenarbeit danken, ebenso dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie.

Die Beteiligung auch dieser Vereinigung, die sich wie keine zweite als NGO für eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit beiden Diktaturen in Deutschland einsetzt, unterstreicht die bürgerschaftliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, zu der das Geschichtsforum einlädt:

Zu Beginn habe ich von einem Experiment gesprochen. Teil des Experiments ist auch der Versuch, die jüngste deutsche Geschichte als Angelegenheit der gesamten demokratischen Öffentlichkeit zu etablieren.

Als eine der Grundüberzeugungen steht hinter dem Geschichtsforum, dass nicht nur Gelehrte die Geschichte interpretieren können, nicht nur Politiker, Zeitzeugen und Fernsehdokumentationen. Nachdenken über Geschichte kann jeder und jede, und dieses Nachdenken kann sich zu einem Theaterstück auswachsen oder zu einem Plakat, zu einer These oder einer Frage – all diese Ansätze sind für ein Durchdringen der Geschichte von Wert.

Es waren aktive Bürgerinnen und Bürger, nicht große Politiker und wichtige Staaten, die das Europa von 1989 zum Schwingen gebracht haben. Für mich gibt es zwei zentrale Punkte, an denen das Datum 1989 Belange der Bürgerschaft in der Gegenwart berührt. Auch mit Blick auf die politischen Verhältnisse in der Gegenwart und Zukunft haben wir für die Beschäftigung mit 1989 die Form eines Bürgerforums gewählt.

Mir geht es dabei erstens um das Verständnis von Identität, und zweitens um Orientierung für politisches Handeln heute.

Wenn man heute in Deutschland „wir“ sagt – wenn man von einer politischen oder einer kulturellen Gemeinschaft spricht – dann führt an 1989 kein Weg vorbei.

Wer zu diesem deutschen „wir“ dazugehört und wer sich ausgegrenzt fühlt, wohin „wir“ gemeinsam wollen und wohin „wir“ uns gemeinsam bewegen können – das hat sich nach 1989 fundamental verändert. Und diese Veränderung ist noch heute im Gange.

Leider verlaufen durch das „wir“ immer noch deutliche Trennlinien, die den sogenannten Westen vom sogenannten Osten abgrenzen, die Migrantinnen und Migranten von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden, die reiche Menschen von armen scheiden. Gerade in diesem Erinnerungs- und Gedenkjahr wird deutlich, dass in der Frage, wer in der Vergangenheit zu der Gemeinschaft des „wir“ gehört hat und wer darin in der Gegenwart die maßgeblichen Rollen spielt, Stoff für heftige Kontroversen lagert. Hier definiert sich nicht zuletzt politische Deutungshoheit.

Wenn wir heute auf 1989 schauen und dabei auch mit denen sprechen, die diese Zeit noch gar nicht erleben konnten, werden die Risse durch diese über Jahrzehnte fragmentierte Gemeinschaft nicht sofort gekittet. Möglicherweise können diese Blicke uns aber dabei helfen, uns selbst und untereinander besser zu verstehen. Am Beispiel der Identität wird auch deutlich, dass 1989 eben kein Datum ist, das nur für die neuen Bundesländer relevant ist: für das politische Kollektiv in „Ost“ wie „West“ hat sich mit 1989/90 fast alles verändert. Vielleicht können wir endlich begreifen lernen, dass vor diesem Hintergrund die DDR als Teil einer gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte in den Blick kommen muss.

Alles, was ich gerade über Deutschland gesagt habe, gilt im größeren Maßstab natürlich auch für Europa: auch in Europa wird gemeinsam in die Zukunft geblickt, auch hier muss Identität verhandelt werden, und auch hier ist der Dreh- und Angelpunkt das Jahr 1989. Für uns als Veranstalter war von Anfang an klar: 1989 kann in Deutschland nicht redlich diskutiert werden, wenn nicht auch über die Solidarnosc und den Runden Tisch in Polen, die Charta 77 und die samtene Revolution, im Grunde über den gesamten politischen und kulturellen Widerstand in den vom Kommunismus beherrschten Ländern gesprochen wird. Die tektonischen Verschiebungen in Europa haben wir den vielen aktiven und aufrechten Bürgerinnen und Bürgern in all diesen Ländern zu verdanken.

Zum zweiten Punkt: Welche Erkenntnisse lassen sich eigentlich für politische Handlungsentscheidungen der Gegenwart ziehen?

1989 haben sich gesellschaftliche Dynamiken auf einmal rasant beschleunigt – ganz Vieles wurde ganz schnell ganz anders. Es gab damals Tage, an denen Jahre vergingen.

Gleichzeitig hat in einer politischen Konstellation, die erst später klar als günstig zu erkennen war, das Volk sein Schicksal in die Hand genommen. Wir haben damals nicht irgendjemand gefragt, ob wir etwas dürfen oder ob wir überhaupt gefragt sind. Dadurch, dass wir für Freiheit und für politische Selbstbestimmung gekämpft haben, wurde – zumindest eine Weile lang und zumindest theoretisch – auf einmal alles möglich.

Verknüpft mit 1990, steht 1989 - und das gehört auch zur Wahrheit - aber auch für verworfene Träume, für nicht genutzte Chancen, für heraufziehende Schwierigkeiten. Bei einer solchen kurzen Begrüßung kann man das nur andeuten. Eine Kurzbeschreibung von 1989 muß auf dieser Kombination aus Geschwindigkeit, Begeisterung, Hoffnung und Enttäuschung bestehen.

Nehmen wir geschichtliche Erfahrungen also als Grundlagen für heutige politische Herausforderungen, dann lehrt uns 1989 zu allererst Folgendes: Ein Volk, das seinen Willen artikuliert, kann, unter bestimmten gesellschaftlichen Umständen, in kürzester Zeit größte Veränderungen herbeiführen; Aber auch, dass die Entscheidungen, die unter größtem Zeitdruck getroffen werden, schwerwiegende langfristige Konsequenzen nach sich ziehen können – im guten wie im schlechten.

Seit einigen Monaten erhöht sich, wie wir alle wissen, die Geschwindigkeit, in der politische Entscheidungen getroffen werden, rasant. Die eben skizzierten Lehren drängen sich daher auf – zunächst noch abstrakt.

Es stellen sich gleichzeitig neue Fragen – oder alte Fragen stellen sich neu. Die Finanz- und Wirtschaftskrise setzt aktuell unsere Gemeinschaft in Europa wie in Deutschland unter Druck; sie unterstreicht aber auch die Notwendigkeit, uns gemeinsam damit zu beschäftigen, wer wir sind und wie wir uns unsere Zukunft vorstellen. Wollen wir etwa nach dem Desaster und den Hasardspielen an den Finanzmärkten wieder zur Tagesordnung einer hemmungslos gewordenen Marktwirtschaft zurückkehren? Was haben aktive Bürgerinnen und Bürger zu tun, um solchen Haltungen Grenzen aufzuzeigen? Demokratie ist kein Erbgut, das sich, einmal gewonnen, automatisch auf die nächste Generation überträgt. Sie muss jeden Tag aufs Neue behauptet und neu buchstabiert werden. Walter Benjamin hat in seiner Sentenzensammlung „Einbahnstraße“ geschrieben: „In diesen Tagen darf sich niemand auf das versteifen, was er kann. In der Improvisation liegt die Stärke. Alle entscheidenden Schläge werden mit der linken Hand geführt werden.“ Das, meine Damen und Herren, galt 1989, es gilt heute, und es wird vor dem Erreichen paradiesischer Zustände auch in der Zukunft gelten.